

Vassilakou: Die "Katastrophe im Augarten"

Interview: Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou über Bürgerinitiativen, stärkere Einbindung der Wiener und die Vorbildstadt Berlin.



Gesprächsbereit: Vizebürgermeisterin Vassilakou kann sich vorstellen, das Recht auf Bürgerbeteiligung in der Stadtverfassung zu verankern.

Hintergrund

Dissonanzen rund um Wiens Paradechor

Die Serie über Wiener Bürgerinitiativen stieß auf großes Interesse bei den Lesern. Zum Abschluss der Serie konfrontiert der KURIER die zuständige Vizebürgermeisterin, Maria Vassilakou, mit den immer wiederkehrenden Fragen.

KURIER: Die Grünen hatten sich die Anliegen der Bürgerinitiativen oft auf die Fahnen geheftet. Wie groß sind nun die Begehrlichkeiten?

Maria Vassilakou: Es gibt zu Recht eine klare Erwartungshaltung: das betrifft Transparenz, frühzeitige Information und Mitgestaltungsmöglichkeiten bei künftigen Stadt-Projekten.

Den Bau des Sängerknaben-Konzertsaals werden auch die Grünen nicht mehr verhindern.

Wir wollen aber Anfang März alle relevanten Akteure an einen Tisch holen, um eine friedliche Lösung zu finden, und damit anhängige Verfahren zurückgezogen werden. Ich kann die Katastrophe im Augarten nicht mehr rückgängig machen. Mein Ziel ist es aber zu verhindern, dass solche Fehler ein zweites Mal geschehen. Die Bürger müssen bei solchen Bauvorhaben von Anfang an eingebunden werden.

Wie soll das gehen?

Indem die Bürger bei Großprojekten frühzeitig informiert werden und ein Mitspracherecht erhalten. Ein Beispiel-Projekt ist die Entstehung eines neuen Stadtviertels auf dem Areal des Franz-Joseph-Bahnhofs.

Bei den Moscheegegnern in der Dammstraße stellt sich die Frage: Haben Rot und Grün der FPÖ das Feld überlassen?

Worum es mir geht, ist, dass Initiativen ernst genommen werden, wenn sie es ernst meinen. Anti-islamische Reflexe haben keinen Platz, aber wenn es um berechnete Sorgen wegen Verkehrsbelastung oder Lärm geht, dann sind offene Ohren wichtig.

Bei Ihnen ressortiert die Bürgerbeteiligung. Wo gibt es Optimierungspotenzial?

Es braucht transparente Spielregeln, ab welcher Projektgröße bei welchen Anliegen in welcher Form die Einbindung der Bürger erfolgt. Dazu wird der vorhandene Leitfaden aktualisiert und erweitert. Wichtig ist auch, die lokale Agenda der Stadt stärker in kontroverse Debatten einzubinden.

Welche Städte dienen Ihnen als Vorbild?

Die "Vorbildstadt" gibt es vermutlich nicht. Aber in Berlin gibt es etwa Grätzelsbudgets, die von den Bürgern mitbestimmt werden, oder in Hannover gibt es eine starke Agenda 21. Das sind spannende Projekte.

Sollte das Recht auf Bürgerbeteiligung in der Stadtverfassung verankert werden?

Ich wäre zu einer Diskussion darüber bereit, aber wichtiger ist die Art und Weise, wie Bürgerbeteiligung gelebt wird.

Artikel vom 16.02.2011 Printausgabe | KURIER | Martin Gantner